

2288/J XXI.GP  
Eingelangt am: 04.04.2001

## ANFRAGE

der Abgeordneten Heinzl  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend die Schließung von Gendarmerieposten in Niederösterreich mit weniger als sechs Beamten und Personalabbaumaßnahmen im Bereich BPD St. Pölten

Am 26. März 2001 wurde bekannt, daß aufgrund einer Ministerweisung die aktuellen Planungen des LGK - NÖ. die Schließung aller Gendarmerieposten, die mit weniger als sechs Beamten besetzt sind, vorsehen. Dabei herrscht bereits jetzt in vielen Bezirken ein Personalmangel von bis zu 15 % des Personalstandes.

Darüber hinaus soll es zu organisatorischen Änderungen im Bereich des Mobilen Einsatzkommandos der BPD St. Pölten kommen und damit ein Personalabbau verbunden sein.

Diese Maßnahmen gefährden die bis jetzt erfolgreiche Arbeit der Sicherheitsexekutive und gehen zu Lasten der Sicherheit der niederösterreichischen Bevölkerung.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

### Anfrage:

1. Welche Wachzimmer werden im Bereich der BPD St. Pölten zu welchem Zeitpunkt geschlossen?
2. Welche Gendarmerieposten werden im Bezirk St. Pölten zu welchem Zeitpunkt geschlossen?
3. Ist in Niederösterreich die Schließung von Gendarmerieposten mit weniger als sechs Beamten vorgesehen bzw. sind Postenzusammenlegungen geplant?
4. Ist im Bereich des Mobilen Einsatzkommandos bei der BPD St. Pölten eine organisatorische Veränderung bzw. eine Reduzierung des Personalstandes vorgesehen?

5. Welche Auswirkungen auf die personelle Situation der Sicherheitsexekutive in Niederösterreich ergeben sich durch die Verringerung der Budgetmittel für das Bundesministerium für Inneres?